



Dies ist eine Leseprobe von Klett-Cotta. Dieses Buch und unser
gesamtes Programm finden Sie unter www.klett-cotta.de

MANFRED BERG

DAS
GESPALTENE HAUS

Eine Geschichte der Vereinigten Staaten
von 1950 bis heute

KLETT-COTTA

Klett-Cotta

www.klett-cotta.de

© 2024 by J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger GmbH, gegr. 1659, Stuttgart

Alle Rechte vorbehalten

Cover: © Rothfos & Gabler, Hamburg

unter Verwendung einer Abbildung von © Keystone Press/Alamy Stock Photo

Gesetzt von Dörlemann Satz, Lemförde

Gedruckt und gebunden von Friedrich Pustet GmbH & Co. KG, Regensburg

ISBN 978-3-608-98408-8

E-Book ISBN 978-3-608-12325-8

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der

Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten

sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Inhalt

Vorwort	9
Einleitung: A House Divided	13

Teil I

Der Zerfall des Liberalen Konsenses, 1960–1980

1 Das »goldene Zeitalter« der Konsensdemokratie	31
2 New Frontiers – Great Society: Der Zenit des amerikanischen Liberalismus	47
3 That Bitch of a War: Der Vietnamkrieg und die Spaltung der amerikanischen Gesellschaft	65
4 Black Power – White Backlash: Die Polarisierung der Rassenbeziehungen	89
5 Radical Sixties: Die Kulturrevolution der 1960er-Jahre und ihre politischen Konsequenzen	111
6 Bring US Together: Richard Nixon und seine Feinde	135
7 Crisis of Confidence: Das Jahrzehnt der »Malaise«	159

Teil II

Die Transformation der amerikanischen Gesellschaft im Zeitalter der Globalisierung

8	Die Krise des American Dream: Ungleichheit im Zeitalter von Globalisierung und Neoliberalismus	183
9	Your Poor, Your Huddled Masses: Einwanderung und die demografische Transformation der amerikanischen Gesellschaft	203
10	Two Nations? Weiße Mehrheit und schwarze Minderheit nach der Bürgerrechtsära	227
11	For the Soul of America: Die Schlachtfelder der Geschlechter- und Kulturkriege	253
12	Echokammern: Die Erosion des politischen Vertrauens und die Fragmentierung der Öffentlichkeit	289
13	Feuer frei für freie Bürger: Der amerikanische Waffenkult und die Radikalisierung des rechten Rands	309

Teil III

Der Weg in die Polarisierung

14	Die Blütezeit des Neoliberalismus in der Ära Reagan-Clinton	337
15	9/11: Der Krieg gegen den Terror	359
16	A More Perfect Union: Barack Obama und die Suche nach einem neuen Konsens	377
17	Make America Great Again: Donald Trump und die Krise der amerikanischen Demokratie	395
	Epilog: Stehen die USA vor einem neuen Bürgerkrieg?	427

Anhang

Abkürzungen	439
Anmerkungen	441
Quellen und Literatur	503
Bildnachweis	533
Register	535

Vorwort

Als ich Ende 2018 den Plan fasste, ein Buch über die Polarisierung der amerikanischen Politik und Gesellschaft zu schreiben, erwartete ich nicht, dass ich gut fünf Jahre an diesem Buch arbeiten würde. Doch entwickelte das Projekt rasch seine eigene Dynamik. Zum einen wurde mir bald klar, dass die Polarisierung in den USA als »lange Geschichte« erzählt werden muss, die in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg einsetzt, als die Amerikaner ihre politische Ordnung und ihr Gesellschaftsmodell als Vorbild einer konsensorientierten Staatsbürgerkultur betrachteten. Der Grund dafür ist nicht, dass die beiden ersten Nachkriegsjahrzehnte tatsächlich ein »goldenes Zeitalter« waren, sondern dass sich viele der Konflikte, die Amerika in der Gegenwart spalten, nur verstehen lassen, wenn man ihre Wurzeln freilegt, die bis in die 1950er- und 1960er-Jahre zurückreichen. Zum anderen will ich nicht verhehlen, dass ich nach fast fünfunddreißig Jahren der Beschäftigung mit der US-amerikanischen Zeitgeschichte das Bedürfnis verspürte, eine große Synthese zu schreiben. Dem Verlag Klett-Cotta und meinem Lektor Dr. Christoph Selzer danke ich dafür, dass sie diesen Weg mitgegangen sind. Ob mein Vorhaben gelungen ist, müssen meine Leserinnen und Leser beurteilen.

Das vorliegende Buch spiegelt selbstverständlich auch meine eigene Zeitgenossenschaft. Die Fernsehbilder aus dem Vietnamkrieg gehören zu meinen frühesten Kindheitserinnerungen. Als Richard Nixon 1974 zurücktrat, war ich bereits ein politisch interessierter Jugendlicher, seit Mitte der 1980er-Jahre habe ich regelmäßig die USA zu Forschungszwecken und als Gastwissenschaftler besucht. Zwischen 1992 und 1997 arbeitete ich als Historiker am Deutschen Historischen Institut in Washington, D. C. Damals beeindruckte mich, wie sich die amerikanische Gesellschaft

trotz ihrer offenkundigen Widersprüche und Konflikte gleichwohl als eine Nation verstand, die ein gemeinsames Haus bewohnte. Doch seit der Jahrhundertwende ließ sich kaum noch übersehen, wie gespalten und zerstritten dieses gemeinsame Haus inzwischen war. Dass der demokratische Grundkonsens selbst gefährdet sein könnte, blieb auch für mich lange unvorstellbar. Schließlich sind die USA, bei aller berechtigten Kritik an der Verfassungswirklichkeit, die älteste Demokratie der modernen Welt. Inzwischen ist jedoch unübersehbar, dass das amerikanische Selbstbild von der gefestigten, reifen Demokratie nachhaltig erschüttert ist.

Wer als Zeitgenosse über politische Polarisierung schreibt, muss sich der Gefahr der Parteilichkeit bewusst sein. Wo es um die Grundwerte der liberalen, pluralistischen Demokratie geht, bin ich nicht neutral. Diese sind vom Zweiten Weltkrieg bis in die Gegenwart auch für die politische Kultur der Vereinigten Staaten prägend gewesen. Die Radikalisierung des amerikanischen Konservatismus und der Republikanischen Partei, eines der zentralen Themen dieses Buches, ist aus meiner Sicht ein Unglück, weil die Demokratie eine verfassungstreue und regierungsfähige konservative Partei braucht. Zugleich halte ich kritische Distanz zu der in der US-Geschichtsschreibung so einflussreichen »Meistererzählung«, der zufolge die amerikanische Geschichte – besonders seit den 1960er-Jahren – ein epischer Kampf zwischen Fortschritt und Rückschritt – dem sogenannten »Backlash« – ist, in dem die moralischen Rollen klar verteilt sind. Mein Anliegen ist es, zu erzählen und zu erklären, wie und warum die amerikanische Demokratie in die schwerste Krise seit dem Bürgerkrieg geraten ist. Dabei habe ich mich bemüht, die Perspektiven der handelnden Personen und der zeitgenössischen Beobachter in den Vordergrund zu stellen und mein eigenes Urteil nicht zu sehr zu betonen. Manche Leser mögen überrascht sein, dass ich keine Lösungsvorschläge für die Krise der amerikanischen Demokratie anbiete, doch halte ich weder rück- noch vorausschauenden Problemlösungsoptimismus für eine Pflicht des Historikers. Bis auf Weiteres müssen wir uns wohl mit Winston Churchills Aphorismus bescheiden, dass die Amerikaner am Ende immer das Richtige tun, nachdem sie zuvor alle übrigen Möglichkeiten ausprobiert haben.

Das vorliegende Werk schöpft aus einer Fülle an Quellen, wissenschaft-

licher Literatur und medialen Veröffentlichungen. Je näher die Darstellung an die Gegenwart rückt, umso häufiger habe ich mich dabei des Internets bedient. Alle Onlinequellen mit dem vollständigen Link nachzuweisen hätte die Anmerkungen und das Literaturverzeichnis stark aufgebläht, zumal sich die zitierten Publikationen mühelos durch Eingabe des Titels in eine Suchmaschine finden lassen. Daher verweise ich nur allgemein darauf, wo ich auf eine Quelle online zugegriffen habe. Dafür ist die wissenschaftliche Literatur ausführlich dokumentiert, um die Herkunft von Argumenten, Fakten und Daten durchschaubar zu machen und interessierten Leserinnen und Lesern die Möglichkeit zu weiteren Recherchen zu geben. Da sich dieses Buch an eine deutsche Leserschaft richtet, habe ich Zitate übersetzt und so wenige englische Fachbegriffe wie möglich verwendet bzw. diese kurz erläutert. Auch im Zusammenhang mit den Rassenbeziehungen bleibe ich bei den deutschen Begriffen, die selbstverständlich nicht als »biologische«, sondern als soziale und kulturelle Kategorien zu verstehen sind.

Bei der Arbeit an diesem Buch habe ich von der tatkräftigen Hilfe, vom Rat und der Kritik vieler Menschen profitiert. An erster Stelle zu nennen sind hier meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Historischen Seminar der Universität Heidelberg Lara Track, Manuel Franz, Georg Wolff, Nicole Colaiani, Amaya Gandy, Fabio Fidone, Alina Marotta und Richard Lange. Wichtige kritische Kommentare verdanke ich Thomas Maissen, Kilian Schultes, Romedio Schmitz-Esser und Welf Werner. Prägend waren auch die vielfältigen intellektuellen Anregungen, die ich im Rahmen des DFG-Graduiertenkollegs »Autorität und Vertrauen in der amerikanischen Kultur« am Heidelberg Center for American Studies (HCA) erhalten habe. Allen Mitgliedern des Kollegs sei hier kollektiv gedankt. Einen ganz besonderen Dank schulde ich meinem Lektor Christoph Selzer für die sprachensible Verbesserung meiner Texte und die Empathie, mit der er die Entstehung dieses Buches begleitet hat. Auch Frau Gudrun Bernhardt hat wertvolle Hinweise zur Verbesserung des Manuskriptes gegeben und mit großer Sorgfalt das Register erstellt.

Meine Frau Anja Schüler, die als Historikerin meine Leidenschaft für die Geschichte teilt, hat in vielen Gesprächen viel mehr zu diesem Buch beigetragen, als ihr selbst bewusst sein dürfte. Sie erträgt seit nunmehr drei-

ßig Jahren, dass ich mich immer wieder in Buchprojekte stürze, die zu viel unserer gemeinsamen Lebenszeit beanspruchen. Dafür bin ich ihr unendlich dankbar.

Heidelberg, im März 2024

Einleitung

A House Divided

Im Juni 1858 hielt Abraham Lincoln, der damals für einen der beiden Sitze des Staates Illinois im US-Senat kandidierte, eine berühmt gewordene Rede, in der er, das Markus-Evangelium zitierend, prophezeite: »A house divided against itself, cannot stand« (Markus 3:25: »Und wenn ein Haus mit sich selbst uneins wird, kann es nicht bestehen«). Die USA, so Lincoln, würden nicht dauerhaft als eine Nation bestehen können, die sich zu einer Hälfte aus sklavenhaltenden und zur anderen Hälfte aus sklavenfreien Bundesstaaten zusammensetzt. Entweder werde das ganze Land frei werden oder die Sklaverei werde sich überall ausbreiten.¹ Die Entscheidung ließ nicht lange auf sich warten. Lincolns Wahl zum Präsidenten der USA im November 1860 nahm der sklavenhaltende Süden zum Anlass, sich von der Union loszusagen. Auf die Sezession folgte ein blutiger Bürgerkrieg, der zwar die nationale Einheit wiederherstellte und zum Ende der Sklaverei führte, jedoch über 700 000 Menschenleben forderte und bis in die Gegenwart ein nationales Trauma geblieben ist.

Mehr als 160 Jahre später stellen sich immer mehr Amerikaner die bange Frage, ob ihr Land vielleicht vor einem neuen Bürgerkrieg stehen könnte. So erschreckend dieses Szenario erscheinen mag, allein der Umstand, dass ernsthaft über die Analogien zwischen der Vorgeschichte des Bürgerkrieges und den Konflikten der Gegenwart diskutiert wird, ist ein Symptom dafür, wie weit die Polarisierung in den USA fortgeschritten ist.² Republikaner und Demokraten, die einstmals als austauschbare Patronageklüngel galten, sind zu verfeindeten »Stämmen« geworden, die tiefe ideologische und kulturelle Gräben voneinander trennen. Die USA, so scheint es, drohen in

»blaue« (demokratische) und »rote« (republikanische) Staaten zu zerfallen. Und spätestens seit dem Putschversuch vom 6. Januar 2021, mit dem sich der abgewählte Präsident Donald Trump an der Macht zu halten versuchte, ist die Gefährdung der amerikanischen Demokratie in eine akute Phase getreten.

Wie konnte es dazu kommen, dass die USA, die nach dem Zweiten Weltkrieg als Modell einer konsensorientierten Staatsbürgerkultur galten, zum Krisenfall der Demokratie geworden sind? Diese Frage steht im Zentrum des vorliegenden Buches. Es erzählt die »lange« Geschichte der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Konflikte, die Amerika in der Gegenwart entzweien, deren Wurzeln jedoch bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts zurückreichen. Die langfristige Perspektive soll Kontinuitäten, Zäsuren und Möglichkeitshorizonte sichtbar machen, doch zugleich will sich der Verfasser der Herausforderung stellen, die amerikanische Zeitgeschichte bis in die unmittelbare Gegenwart fortzuschreiben. Der erste Teil des Buches behandelt die 1960er- und 1970er-Jahre, als der sogenannte »liberale Konsens« in den Auseinandersetzungen über den Vietnamkrieg, den Rassenkonflikt und die Kulturrevolution der *Radical Sixties* zerbrach. Die Krisenjahre der »Vietnam-Watergate«-Ära liegen inzwischen zwar über ein halbes Jahrhundert zurück, sie sind aber keineswegs ein abgeschlossenes Kapitel der US-Geschichte, sondern eine Zeit entscheidender Weichenstellungen, deren Kenntnis für das Verständnis der heutigen politischen und gesellschaftlichen Polarisierung unverzichtbar ist. Dies gilt gleichermaßen für den Kulturkampf zwischen den liberal-säkularen und den konservativ-religiösen Milieus wie für die Neuausrichtung der Parteien und die demografische Transformation der USA.

Doch war die Polarisierung kein linear fortschreitender Prozess. Vielmehr lässt sich mit guten Gründen behaupten, dass die Amerikaner die 1980er- und 1990er-Jahre im Vergleich zu den beiden vorausgegangenen Dekaden überwiegend als eine Periode der politischen Stabilität und wirtschaftlichen Prosperität erlebten und sich das Krisenbewusstsein erst nach der Wende zum 21. Jahrhundert voll entfaltete. Um die Triebkräfte der Polarisierung schärfer zu konturieren, nimmt die Darstellung im zweiten Teil eine systematische Perspektive ein. Die sechs Kapitel dieses Teils decken nicht sämtliche Konfliktfelder der amerikanischen Politik ab, sondern behandeln die

Themenkomplexe, denen die historische und politikwissenschaftliche Forschung die größte Bedeutung für die gesellschaftliche Spaltung zuschreibt.

Der dritte Teil nimmt den Weg in die Polarisierung von der Ära Reagan bis in die Gegenwart in den Blick. Im späten 20. Jahrhundert deutete zunächst vieles auf einen neuen, konservativen Konsens hin, doch tatsächlich dominierte der neoliberale Glaube an den freien Markt und an die Selbstverwirklichung des Individuums. Von der vielbeschworenen Rückkehr zu konservativen Werten war wenig zu spüren.³ Das Hochgefühl über den Triumph im Kalten Krieg währte nur kurz, denn nach dem Ende des Systemkonflikts mit dem Ostblock erodierte das Fundament, auf dem die außen- und innenpolitische Konsensbildung jahrzehntelang beruht hatte. Auch die Terroranschläge vom 11. September 2001 einten die Nation allenfalls kurzfristig, heizten aber die Radikalisierung eines »verletzten und rachedurstigen Nationalismus« an, wie es der britische Politikwissenschaftler Anatol Lieven polemisch formulierte.⁴ Zudem schlugen spätestens seit der Jahrhundertwende die zentrifugalen Kräfte der Globalisierung durch und schufen den Resonanzboden für die populistische Revolte, die Donald Trump ins Weiße Haus trug.

Das gespaltene Haus ist keine Gesamtdarstellung der amerikanischen Geschichte der zurückliegenden sieben Jahrzehnte, sondern richtet den Fokus auf die Ereigniskomplexe und Entwicklungen, die nach Einschätzung des Verfassers die Polarisierung von Politik und Gesellschaft am stärksten befeuert haben. So findet zum Beispiel die Außenpolitik nur insofern Berücksichtigung, als sie, wie bei den Entscheidungen für die Amerikanisierung des Vietnamkrieges und die Invasion des Irak 2003, unmittelbare Rückwirkungen auf die innenpolitische Stabilität hatte. Natürlich haben Kontroversen über den außenpolitischen Kurs in den USA eine lange Tradition. Aber zur innen- und parteipolitischen Mobilisierung hat die Außenpolitik nur ausnahmsweise und vor allem im Zusammenhang mit kriegerischen Auseinandersetzungen getaucht. Während des Kalten Krieges herrschte ein überparteilicher Elitenkonsens über die Weltmachtrolle der USA und die Eindämmung des Kommunismus, der auch durch den Vietnamkrieg nicht grundsätzlich erschüttert wurde. Wenn Politikwissenschaftler heute eine wachsende Polarisierung in den außenpolitischen Orientierungen der beiden großen Parteien feststellen, spiegelt dies in erster Linie die innenpoliti-

sche Konfrontation. Dass der rechte Flügel der Republikanischen Partei, die einst Moskau zum »Reich des Bösen« erklärte, inzwischen unverhohlene Sympathien für Wladimir Putin zeigt, habe, so ein Kommentator, wenig mit außenpolitischer Analyse oder russischer Propaganda zu tun, sondern liege schlicht am »Hass auf den politischen Gegner«.⁵ Ob eine außenpolitische Bedrohung der USA, etwa durch eine militärische Konfrontation mit der Volksrepublik China, einen neuen Konsens herstellen könnte, ist eine Frage, deren Beantwortung sich niemand wünschen kann.

Dass sich die chronologische Ordnung dieses Buches stark an den Präsidentschaften orientiert, ist kein Bekenntnis zu einer »altmodischen« Politikgeschichte »großer Männer«, sondern der überragenden Bedeutung geschuldet, die diese Institution im 20. Jahrhundert gewonnen hat. Mit dem Präsidentenamt verbinden sich hohe und oft unrealistische Erwartungen ebenso wie die ständige Versuchung des Machtmissbrauchs. Der Präsident ist der einzige politische Amtsträger der USA, der in einer, wenngleich indirekten, nationalen Wahl bestimmt wird. Als Staatsoberhaupt, Regierungschef und Oberbefehlshaber der Streitkräfte verfügt er über enorme Macht und soll zugleich die Einheit der Nation repräsentieren. Alle neugewählten Amtsinhaber versprechen feierlich, Präsident aller Amerikanerinnen und Amerikaner sein zu wollen. Dass die Präsidenten der USA in einem Buch über die Polarisierung der amerikanischen Politik eine zentrale Rolle spielen, liegt mithin in der Natur der Sache.⁶

Politikgeschichtsschreibung verbindet die historische Erzählung, in deren Zentrum handelnde Personen stehen, mit der Analyse der materiellen, institutionellen und kulturellen Strukturen und Rahmenbedingungen von Politik. In die vorliegende Darstellung fließen daher zahlreiche Forschungsergebnisse und Interpretationsansätze der Politik- und Sozialwissenschaften ein, aber als Historiker will ich in erster Linie der Frage nachgehen, wie und warum die amerikanische Demokratie in ihre schwerste Krise seit dem Bürgerkrieg geraten ist.⁷ Da die Polarisierung kein spezifisch amerikanisches Problem ist, werden vergleichende Perspektiven gelegentlich angedeutet, doch welche Einsichten sich aus der amerikanischen Geschichte für andere westliche Gesellschaften ergeben, überlasse ich dem Urteil der Leser. Dies ist auch kein weiteres Buch über die allgemeine Krise der liberalen Demokratie und die zu ihrer Rettung erforderlichen Remeduren.⁸ Als deutscher

Historiker, der für ein deutsches Lesepublikum schreibt, sehe ich von wohlfeilen Ratschlägen ab, wie die amerikanische Demokratie aus der Polarisierungskrise herausfinden könnte. Die Szenarien für die kommenden Jahre, die am Schluss diskutiert werden, stimmen pessimistisch, aber glücklicherweise erleben Pessimisten nur erfreuliche Überraschungen.

Was ist Polarisierung?

Polarisierung ist in den vergangenen zwei Jahrzehnten zu einem beherrschenden Thema sowohl der Politikwissenschaft als auch der politischen Publizistik geworden, doch was sich mit dem Begriff verbindet, ist kontrovers geblieben. Offenkundig gehören scharfer Meinungsstreit, polemische Zuspitzung und harter Wettbewerb um politische Macht ebenso zur Demokratie wie klare ideologische, personelle und parteipolitische Alternativen. Zu Beginn der 1950er-Jahre plädierte die American Political Science Association deshalb ausdrücklich dafür, dass sich die US-amerikanischen Parteien stärker ideologisch und programmatisch voneinander abgrenzen sollten. Problematisch und destruktiv wird Polarisierung dann, wenn sie zu einer Spaltung in verfeindete Lager führt, die kaum noch zu Kompromissen fähig sind, weil nicht bloß Interessen und sachliche Überzeugungen, sondern fundamentale Werte, Identitäten und Lebensweisen auf dem Spiel zu stehen scheinen. Im Extremfall mündet diese Dynamik in gewaltsame Aufstände, Bürgerkriege und Staatsstreiche. Solche »böartige« Polarisierung entsteht freilich nicht von allein, sondern wird von politischen Führern gezielt geschürt.⁹

Noch zu Beginn des 21. Jahrhunderts behaupteten manche amerikanischen Autoren, die Polarisierung sei eine Angelegenheit der politischen Eliten und der Medien, die mit der Lebenswirklichkeit der meisten Amerikaner wenig zu tun habe.¹⁰ Inzwischen bestreitet niemand mehr, dass die politisch-ideologische Spaltung die gesamte Gesellschaft erfasst und bedrohliche Dimensionen angenommen hat. Meinungsumfragen und sozialwissenschaftliche Studien belegen, dass eine große Mehrheit der US-Bevölkerung die sich verschärfende Polarisierung einerseits mit großer Sorge betrachtet, sich andererseits aber bereitwillig den antagonistischen

Lagern zuordnet. Nicht nur vertreten die Anhänger der Republikaner und Demokraten in fast allen wichtigen Sachfragen konträre Ansichten, sie belegen sich zudem gegenseitig mit negativen Attributen wie »unmoralisch«, »engstirnig« oder »unpatriotisch« und lehnen enge soziale Beziehungen zu Parteigängern der Gegenseite ab. Die politisch-ideologischen Gräben trennen abgeschottete Lebenswelten, in denen sich vor allem Gleichgesinnte bewegen.¹¹ Auch wenn das Bild von den verfeindeten »Stämmen« klischeehaft erscheinen mag: Die politische und soziale Polarisierung hat längst ihre eigene Dynamik entfaltet und zwingt zum Glaubensbekenntnis: *Which side are you on?*

Strittig ist allerdings, ob die Polarisierung primär durch eine »asymmetrische« Radikalisierung des rechten Lagers angetrieben worden ist oder ob es sich um eine Entwicklung an beiden Enden des politischen Spektrums handelt. Noch 2016 vertrat der Politologe James Campbell die Auffassung, dass Republikaner und Demokraten in etwa gleichen Schritten nach rechts bzw. nach links gegangen seien. Dies dürfe aber nicht mit Extremismus gleichgesetzt werden, denn noch immer gebe es einen breiten überparteilichen Konsens.¹² Diese These war nie plausibel, aber seit Donald Trump die Republikanische Partei erobert hat, darf sie als erledigt gelten. Die Demokraten mögen nach links gerückt sein, aber sie integrieren weiterhin ein breites Spektrum von unterschiedlichen Interessengruppen und politisch-ideologischen Überzeugungen. Die Republikaner sind dagegen schon lange vor Trump zur Bewegungs- und Weltanschauungspartei geworden und müssen inzwischen in Teilen als rechtsextrem gelten. Dass die Grand Old Party (GOP), wie sich die Republikaner gerne nennen, jemals zur Gefahr für die Demokratie werden könnte, hätten sich selbst ihre schärfsten Kritiker bis vor wenigen Jahren nicht vorstellen können.¹³

Allerdings entfaltet Polarisierung unvermeidlich einen Rückkoppelungsprozess, in dem sich beide Lager gegenseitig hochschaukeln. Dass auch die amerikanische Linke die Kulturkriege und die Moralisierung der Politik mit Fanatismus vorangetrieben hat, kann nur übersehen, wer sich vorbehaltlos der identitätspolitischen Agenda verpflichtet fühlt. Nach dieser Lesart muss die Mehrheitsgesellschaft ihren tatsächlichen oder vermeintlichen weißen, männlichen, heteronormativen Privilegien abschwören, dann wird sich mehr oder weniger von selbst ein neuer postnationaler und multikultureller

Wertekonsens ergeben. Die Überwindung des Rassismus, so der schlichte Vorschlag des afroamerikanischen Historikers Ibram X. Kendi, erfordere lediglich die Einsicht, dass dieser allein im Interesse einer »kleinen Gruppe reicher, protestantischer, heterosexueller weißer angelsächsischer Männer« liege. Wer sich dennoch weiterhin dem Fortschritt verweigert, ist Teil des »Backlash«. Ein legitimer Konservatismus hat in diesem Welt- und Geschichtsbild keinen Platz mehr.¹⁴ Doch nicht nur Konservative, auch zahlreiche linke und liberale Intellektuelle kritisieren seit langem den Kult der Diversität und Differenz, weil er soziale Solidarität, nationale Zusammengehörigkeit und die universellen Werte der Aufklärung untergrabe.¹⁵

Die Polarisierung der amerikanischen Politik und Gesellschaft hat, wie in diesem Buch ausgeführt wird, vielfältige Ursachen und Dimensionen. Im Kern geht es jedoch um einen Grundsatzkonflikt über die nationale Identität der USA. Diese beruhte bis in zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts hinein auf dem Selbstbild als einer weißen, euroamerikanisch geprägten Nation mit einem »Rassenproblem«, das durch die Integration der afroamerikanischen Minderheit in die Mehrheitsgesellschaft gelöst werden sollte. Doch tatsächlich führten die Bürgerrechtsrevolution und die Masseneinwanderung dazu, dass die als selbstverständlich vorausgesetzte Hegemonie der weißen Mehrheit radikal in Frage gestellt wurde. Die USA sollten zu einer neuen multikulturellen Nation werden, in der alle Ethnien und Kulturen gleichberechtigt unter dem Dach liberaler Grundwerte koexistieren würden. Schon bald meldeten sich allerdings kritische Stimmen zu Wort, die bezweifelten, ob der Multikulturalismus ein taugliches Modell der nationalen Integration sein könne oder ob er nicht im Gegenteil der Fragmentierung der Gesellschaft und der Delegitimierung des Nationalstaates Vorschub leiste. Um die Wende zum 21. Jahrhundert forderten zahlreiche US-Intellektuelle daher die Rückbesinnung auf einen staatsbürgerlichen Nationalismus, der sich klar vom Ethnochauvinismus abgrenzt, aber von allen Amerikanern, unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft, ein patriotisches Bekenntnis zu Amerikas liberalen und demokratischen Traditionen verlangt. An der Frage, ob es Amerika gelingen werde, seine staatsbürgerlichen nationalen Traditionen wiederzubeleben, ohne in den rassistischen weißen Nationalismus der Vergangenheit zurückzufallen, werde sich, so die Einschätzung des Historikers Gary Gerstle, die Zukunft der Nation entscheiden.¹⁶

Die Hoffnungen auf einen erneuerten *civic nationalism* müssen freilich als gescheitert gelten, zumal dieser in der Praxis oft kaum von einem fah-nenschwendenden »Right-or-Wrong-My-Country«-Chauvinismus zu unterscheiden ist. Stattdessen hat sich der Ethnonationalismus angesichts der Verunsicherung, die weite Teile der weißen Mehrheit in den USA erfasst hat, erneut als attraktives Identifikationsangebot erwiesen. Es bleibt die Herausforderung, vor der nicht nur die USA stehen: Wie sind nationale Integration und demokratische Regierung in einer multiethnischen Gesellschaft möglich, in der die bislang dominante Mehrheit ihren Status verlieren wird? Die Segnungen der Diversität zu beschwören und die Mehrheitsgesellschaft zur Toleranz zu ermahnen, löst angesichts der massiven Konflikte, die Masseneinwanderung unvermeidlich mit sich bringt, inzwischen überwiegend Abwehrreflexe aus. Der Vorschlag, die demografische Transformation sozialstaatlich abzufedern, bis sich ein neuer Konsens eingestellt hat, kann auf Zustimmung rechnen, greift aber zu kurz, weil sich soziokulturelle Konflikte nicht auf ökonomische Verteilungsfragen reduzieren lassen. Die Aushandlung einer neuen nationalen Identität erfordert nicht nur die Anerkennung der neuen multiethnischen Realität, sondern auch der ethno-kulturellen Identitäten und subjektiven Verlusterfahrungen der bisherigen Mehrheitsgesellschaft. Doch weder in den USA noch in Europa zeichnet sich bislang ein solcher Konsens ab, sodass die Polarisierung über die nationalen Identitäten in der näheren Zukunft voraussichtlich weiter zunehmen wird.¹⁷

Amerika ist anders – auch politisch

Ein Buch zur Politikgeschichte der USA, das sich an ein deutsches Publikum richtet, kommt nicht ohne einige einführende Bemerkungen zum Regierungssystem der USA aus, denn Amerikas Institutionen und Traditionen unterscheiden sich markant von denen Kontinentaleuropas und Deutschlands. Dabei ist vor allem ein Aspekt von zentraler Bedeutung: Das in der US-Bundesverfassung festgelegte Regierungssystem stammt aus dem späten 18. Jahrhundert und war nicht für eine auf dem Mehrheitsprinzip beruhende Demokratie konzipiert, in der Parteien und Interessengruppen um

Macht und Einfluss konkurrieren. Die Begriffe Demokratie bzw. demokratisch haben bis heute keinen Eingang in den Verfassungstext gefunden. Die Constitution war vielmehr darauf angelegt, Machtkonzentration durch ein System der Gewaltenteilung und Verschränkung, die berühmten *checks and balances*, zu verhindern. Die Verfassungsväter schufen eine föderale Republik, die einerseits handlungsfähige nationale Institutionen haben sollte, andererseits aber den Mitgliedsstaaten der Union ein hohes Maß an Zuständigkeiten garantierte. Zu diesen Kompetenzen gehörte auch die Ausgestaltung des Wahlrechts. Bis heute enthält die US-Verfassung kein allgemeines Wahlrecht, sondern nur als Verfassungszusätze (Amendments) kodifizierte besondere Diskriminierungsverbote.¹⁸ Zwar entwickelten sich die USA seit dem frühen 19. Jahrhundert zur ersten Massendemokratie, in der fast überall alle erwachsenen weißen Männer wählen durften, aber die Wahlgesetze der Bundesstaaten, inklusive der Bestimmungen über die Qualifikationen der Wähler und die Durchführung von Wahlen, sind bis heute von verwirrender Vielfalt. Bei näherem Hinsehen zeigt sich, dass die besonders komplizierten Regeln meistens dem Zweck dienten, Minderheiten und Unterschichten die Partizipation zu erschweren.¹⁹

Im Verlauf ihrer Geschichte erlebten die USA mehrere Demokratisierungsschübe, die dazu führten, dass keine andere westliche Demokratie mehr Wahlämter zu vergeben hat. In vielen Staaten werden etwa Sheriffs, Richter und Staatsanwälte direkt vom Volk gewählt. Auf der Bundesebene dagegen schränken die *checks and balances* das Mehrheitsprinzip merklich ein. Das augenfälligste Beispiel dafür ist die indirekte Wahl des Präsidenten durch ein Wahlkollegium (*electoral college*), dessen Mitglieder durch Volkswahl in den Bundesstaaten bestimmt werden, wobei jeder Staat so viele Delegierte entsendet, wie ihm Abgeordnete und Senatoren im Kongress zustehen. Mit wenigen Ausnahmen (Maine und Nebraska) haben die Staaten festgelegt, dass der Kandidat, der bei der Wahl im Bundesstaat die meisten Stimmen bekommt, alle Wahlmännerstimmen erhält (*winner-take-all*). Ob der Vorsprung vor dem Zweitplatzierten einhundert oder eine Million Stimmen beträgt, spielt keine Rolle. Dieser Modus kann dazu führen, dass ein Kandidat zwar bei der Auszählung der landesweit abgegebenen Stimmen (*popular vote*) eine Mehrheit gewinnt, diese aber im Wahlkollegium verfehlt. Da dieser Fall zuletzt 1888 vorgekommen war, galt er im späten

20. Jahrhundert weithin als historische Kuriosität. Doch nach den Wahlen von 2000 und 2016, als die republikanischen Kandidaten jeweils bei der *popular vote* unterlagen, aber Mehrheiten im *electoral college* erzielten, sind die Forderungen nach einer Reform der Präsidentschaftswahl immer lauter geworden. Hinzu kommt, dass, auch als Folge der parteipolitischen Polarisierung, nur noch wenige Staaten wirklich kompetitiv sind, sodass die Entscheidung über den Ausgang der Präsidentschaftswahl de facto in sechs bis acht Staaten, den sogenannten *swing states*, fällt. Die Stimmen in Pennsylvania oder Michigan erhalten damit einen real höheren Erfolgswert als die in Kalifornien oder Mississippi, die als sichere Hochburgen der Demokraten bzw. Republikaner gelten.²⁰

Ein weiteres Beispiel für die Beschränkung des Mehrheitsprinzips ist der US-Senat, in dem alle Bundesstaaten unabhängig von der Bevölkerungszahl zwei Sitze haben. In der Theorie des Föderalismus ist es völlig plausibel, dass in der zweiten Kammer alle Staaten als gleichrangig behandelt werden, um eine Majorisierung der kleinen Staaten durch die bevölkerungsreichen zu verhindern. In der Praxis hat dies allerdings eher zu einer signifikanten Überrepräsentation der ländlichen Bevölkerung geführt. Kalifornien, der bevölkerungsreichste Bundesstaat, hat mit knapp vierzig Millionen Einwohnern eine genauso große Bevölkerung wie die zwanzig Bundesstaaten mit den geringsten Einwohnerzahlen zusammengenommen. Dadurch, dass die Wählerbasis der Republikanischen Partei inzwischen überwiegend im konservativen, ländlich-kleinstädtischen Milieu liegt, hat sich der ohnehin historisch tief verwurzelte Stadt-Land-Gegensatz immer stärker mit der parteipolitischen Polarisierung vermengt. Die antimajoritären Elemente der US-Verfassung ermöglichen es den Republikanern zu regieren, ohne landesweite Mehrheiten der Wählerstimmen gewinnen zu müssen. Die Verfassungsväter hatten eine Tyrannei der Mehrheit verhindern wollen, doch droht in Verfassungswirklichkeit immer mehr eine Tyrannei der Minderheit.²¹

Auch die hohen Hürden für eine Verfassungsänderung – Zweidrittelmehrheiten in beiden Häusern des Kongresses und eine anschließende Ratifizierung durch drei Viertel aller Bundesstaaten – zementieren die äußerst starke Stellung der kleinen Bundesstaaten. Seit 1791 wurde die Verfassung insgesamt nur siebzehnmals geändert, zuletzt 1992. Im hochpolarisierten

Klima der Gegenwart, in dem rote gegen blaue Staaten stehen, sind neue Verfassungszusätze praktisch ausgeschlossen, weil schon dreizehn Staaten für ein Veto ausreichen. Die Fortentwicklung der Verfassung erfolgt fast ausschließlich durch die Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofes, dessen neun Mitglieder auf Lebenszeit bestellt werden. Doch stehen sich in der Verfassungsgerichtsbarkeit ebenfalls gegensätzliche Grundpositionen gegenüber. Liberale plädieren für eine *living constitution*, die fortwährend an die Erfordernisse der Gegenwart angepasst werden müsse, während Konservative dem *originalism* zuneigen, dem zufolge die Verfassung ausschließlich im Lichte der ursprünglichen Absichten der Verfassungsgeber interpretiert werden soll.²²

Wenn die Amerikaner über den *gridlock*, also die Dauerblockade des politischen Prozesses, klagen, ist vielen nicht bewusst, dass diese Blockade in den *checks and balances* wurzelt, die eben nie auf »Durchregieren«, sondern auf Machtkontrolle angelegt waren. Eine zentralistische Diktatur ist in den USA in der Tat schwer vorstellbar. Aber weil das Regierungssystem so fragmentiert ist, erfordert sein Funktionieren auch ein besonders hohes Maß an Zusammenarbeit zwischen den Gewalten, Institutionen und Parteien. Das naheliegende Beispiel dafür ist das *divided government*, wenn nämlich die Partei des Präsidenten nicht über eine Mehrheit im Kongress verfügt. In einem parlamentarischen System führt diese Situation meist zu Neuwahlen oder Koalitionswechseln, im Präsidentsystem der USA müssen Präsident und Kongress kooperieren, um die Gesetzgebung aufrechtzuerhalten. Solange die beiden großen Parteien noch »große Zelte« waren, unter denen sich jeweils Liberale, Konservative, Moderate sowie allerlei Interessengruppen zusammenfanden, ließen sich Kompromisse finden, auch wenn es dabei häufig wie auf dem Viehmarkt zuging. Doch seit dem Einsetzen des *big sort* – also der Sortierung von Republikanern und Demokraten in ideologische Lagerparteien – wuchs die Neigung zur Obstruktion und das Regierungssystem wurde zunehmend dysfunktional.²³

Historisch betrachtet entbehrt diese Entwicklung nicht einer gehörigen Portion Ironie, denn nach dem Zweiten Weltkrieg galten das angloamerikanische Zwei-Parteien-System und das relative Mehrheitswahlrecht, auf dem es gründet, als Garanten gegen die Zersplitterung des Parteiensystems und die Unregierbarkeit, für die insbesondere der Parlamentarismus der

Weimarer Republik als abschreckendes Beispiel stand. Ob die Einführung von Varianten des Verhältniswahlrechts, wie sie einige Politikwissenschaftler vorschlugen, in den USA zu einem weniger polarisierten Vielparteiensystem führen würde, muss eine hypothetische Frage bleiben, weil dafür sowohl die Mehrheiten als auch die Traditionen fehlen.²⁴ Ganz sicher sind Verhältniswahlrecht und Vielparteiensystem keine Allheilmittel. Die sozialen, ökonomischen und kulturellen Konflikte, die der Polarisierung ihre Schubkraft geben, lassen sich nicht durch institutionelle Reformen aus der Welt schaffen.

Die populärste Sportart in den USA heißt *football*, obwohl das eiförmige Spielgerät nur ausnahmsweise mit dem Fuß traktiert wird, während Fußball *soccer* genannt wird. Auch die politische Sprache der USA weist einige Besonderheiten auf, die der Klärung bedürfen.²⁵ Die meiste Verwirrung löst bei deutschen Lesern erfahrungsgemäß der Begriff *liberal* bzw. *Liberalismus* aus. Ursprünglich verband sich damit, wie in Europa, eine politische Philosophie, in deren Mittelpunkt die Freiheit des Individuums, das Recht auf Eigentum, die Beschränkung und Kontrolle der Regierung durch repräsentative Institutionen und Gewaltenteilung sowie ein am Freihandel und am freien Markt orientiertes wirtschaftliches Ordnungsmodell standen. Seit Beginn des 20. Jahrhunderts und vor allem seit den 1930er-Jahren, als Präsident Franklin D. Roosevelt mit seinem New Deal die Rolle des Staates neu definierte, nahm der Begriff jedoch immer mehr die heute in den USA gebräuchliche Bedeutung an. Amerikas Liberale befürworteten demnach eine starke Bundesregierung, die im Interesse der arbeitenden Klassen die Wirtschaft reguliert sowie die Bürgerrechte und Freiheiten besonders von Minderheiten schützt und fördert. Das abwertend benutzte Wort *neoliberal* wiederum wird seit der Reagan-Ära mit der Rückwendung zum Wirtschaftsliberalismus durch Deregulierung, Steuersenkungen und den Abbau des Sozialstaats assoziiert. Es macht die politische Standortbestimmung nicht leichter, dass diese Positionen auch als konservativ bezeichnet werden, obwohl Neoliberale sich als Bannerträger der individuellen Freiheit betrachten und mit dem Konservatismus der Religiösen Rechten nichts gemein haben. Dies gilt erst recht für die sogenannten *Libertären*, die ein tiefes Misstrauen gegen den Staat (*government*) hegen und kompromisslos die Freiheit des Individuums gegenüber staatlichen und gesellschaftlichen

Zwängen verteidigen, selbst wenn diese demokratisch legitimiert sind. Die These, dass die amerikanische politische Kultur im Kern libertär sei,²⁶ mag man für übertrieben halten, doch tatsächlich stößt der radikale Freiheitsbegriff amerikanischer Libertärer in Europa überwiegend auf Unverständnis. Das Substantiv *libertarianism* ist bislang noch nicht ins Deutsche übernommen worden.

Wie Liberalismus hat auch der moderne amerikanische *Konservatismus* nur noch wenig mit dem klassischen konservativen Denken zu tun, das sich durch ein pessimistisches Menschenbild, Fortschrittsskepsis und die Hochschätzung von Tradition und Autorität auszeichnete. Dessen Anhänger sahen sich nach dem Zweiten Weltkrieg selbst als kleine, isolierte Minderheit.²⁷ Gleichwohl entstand eine konservative Bewegung, die ihre Dynamik vor allem aus dem Widerstand gegen zwei Feindbilder bezog. Das erste war der liberale Interventionsstaat, der nach konservativer Auffassung die Freiheit des Individuums und die Autonomie der Einzelstaaten (*states' rights*) bedroht. Daher wandten sich Konservative gegen einen radikalen Wandel in den Rassenbeziehungen, auch wenn sich der »respektable« Konservatismus von den *white supremacists*, den Gralshütern der weißen Vorherrschaft, abgrenzte. Die zweite Bedrohung sahen Konservative in der Säkularisierung des öffentlichen Lebens und der Liberalisierung der sozialen Normen. Doch trotz seiner spektakulären politischen Erfolge blieb der Konservatismus voller Widersprüche. Dies gilt für das Zweckbündnis mit den Libertären ebenso wie für die Unterstützung des nationalen Sicherheitsstaates. »Wie kann man ein starkes Militär und eine robuste Außenpolitik fordern und gleichzeitig auf einem schlanken Staat bestehen?«, fragten Kritiker: »Wie kann man den Individualismus feiern und das Individuum dann dem Willen Gottes unterwerfen wollen?« Seit dem späten 20. Jahrhundert setzte eine Radikalisierung des amerikanischen Konservatismus ein, die diesen intellektuell aushöhlte und korrumpierte. Konservative hatten einst starke Institutionen geschätzt, jetzt bestand ihr Programm darin, den Staat zu destabilisieren, um zu beweisen, dass er nicht funktionierte. Als Donald Trump die Republikanische Partei übernahm, wandten sich »prinzipientreue« Konservative angewidert ab, mussten aber feststellen, dass der radikale Rechtspopulismus längst die Mehrheit der Anhängerschaft repräsentierte.²⁸

Populismus war lange ein Allerweltswort, um vor Demagogen und Vereinfachern zu warnen. In den vergangenen Jahren hat es sich international als Bezeichnung für Bewegungen durchgesetzt, die Politik als Konflikt zwischen angeblich korrupten und undemokratischen Eliten einerseits und dem als homogen und integer verstandenen Volk andererseits inszenieren und Demokratie auf die plebiszitär legitimierte Durchsetzung des vermeintlichen Volkswillens reduzieren.²⁹ In den USA hat der Begriff jedoch eine lange und oft positiv besetzte Tradition, die Historiker bis zu den Präsidentschaften Thomas Jeffersons (1801–1809) und vor allem Andrew Jacksons (1829–1837) zurückführen und in deren Mittelpunkt der Appell an den *common man* steht. Volkstümliches Auftreten und Attacken gegen das volksferne Washington sind der amerikanischen Politik historisch eingeschrieben, sodass eine klare Unterscheidung zwischen Populisten und Mainstream oft schwer möglich ist. Auch wenn manche US-Historiker den Begriff Populismus für egalitäre, sozialreformerische Bewegungen reservieren möchten, hat die rechtspopulistische, rassistische Variante eine ebenso lange Geschichte, die mit Donald Trumps Wahl zum Präsidenten der USA einen vorläufigen Triumph erlebte.³⁰

Auf der amerikanischen Linken sind die Begriffe *progressive* oder *radical* als Selbstbezeichnungen für sozialdemokratische, sozialistische und marxistische Strömungen gebräuchlich. Sozialismus und Kommunismus blieben freilich historisch fast durchweg randständig und galten als »unamerikanisch«, unter anderem, weil sie dem individualistischen Credo und dem amerikanischen Traum vom sozialen Aufstieg durch harte Arbeit zuwiderliefen.³¹ Seit dem letzten Drittel des 20. Jahrhunderts vollzog die amerikanische Linke einen Paradigmenwechsel von der Klassenpolitik zur *Identitätspolitik*, in deren Mittelpunkt die Rechte rassistisch-ethnischer sowie sexueller Minderheiten stehen. Der weiße, männliche Proletarier, der im klassischen Marxismus noch das revolutionäre Subjekt sein sollte, wurde nun selbst als privilegiert und mitverantwortlich für Rassismus, Diskriminierung und Ausbeutung gesehen.³² Ihre Kritiker machen die identitätspolitische Wende dafür verantwortlich, dass die Arbeiterklasse sich dem Konservatismus und Rechtspopulismus zugewandt hat, doch übersteigt der heutige gesellschaftspolitische Einfluss der identitätspolitischen Linken bei weitem den der alten antikapitalistischen Linken des 20. Jahrhunderts. Die Begriffe

wokeness bzw. *woke*, die rasch auch eingedeutscht worden sind, signalisieren ein quasi-religiöses Sendungsbewusstsein, das an die Traditionen der evangelikalen Erweckungsbewegungen erinnert.

Die politische und gesellschaftliche Polarisierung der Gegenwart steht in scharfem Kontrast zu einem lange vorherrschenden optimistischen Geschichtsbild, dem zufolge die wohlhabenden demokratischen Gesellschaften der westlichen Welt nach den Katastrophen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts den Königsweg zur politischen Stabilität gefunden hatten. Kluge staatliche Konjunkturpolitik sollte für kontinuierliches Wirtschaftswachstum sorgen, das breit gestreuten Wohlstand, Massenkonsum und sozialstaatliche Absicherung der meisten Lebensrisiken ermöglichen würde. Die Wirtschaftskrisen und sozialen Konflikte, die in der Zwischenkriegszeit die Demokratien erschüttert hatten, würden endgültig der Vergangenheit angehören. Nirgendwo war dieser Optimismus größer als in den USA, wo die Bürgerinnen und Bürger nach dem Zweiten Weltkrieg mit »großen Erwartungen« in die Zukunft blickten.³³ Amerika sah sich selbst als eine geeinte Nation, deren politische und soziale Ordnung auf einem »liberalen Konsens« beruhte. An diesem Punkt setzt die Darstellung dieses Buches ein.

Erster Teil

Der Zerfall des Liberalen Konsenses,
1960–1980

1. Kapitel

Das »goldene Zeitalter« der Konsensdemokratie

Mitte Juli 1974, wenige Wochen bevor die sogenannte Watergate-Affäre um die kriminellen Machenschaften im Weißen Haus mit dem Rücktritt von US-Präsident Richard Nixon ihr spektakuläres Ende nahm, beklagte der liberale Historiker Henry Steele Commager in einem Beitrag für das Magazin *Time*: »Es gibt keinen Konsens mehr.« In der amerikanischen Gesellschaft herrsche weniger Harmonie als jemals seit dem Ende des Bürgerkrieges. »Vielleicht«, so Commager, »sind die 60er- und 70er-Jahre eine große Zäsur – die Zäsur der Desillusionierung.«¹ Die Illusion, von der sich Commager verabschiedete, war der sogenannte »liberale Konsens«, der in den rund zwei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg das Selbstbild der amerikanischen Gesellschaft geprägt hatte und zu dessen Popularisierung einflussreiche Historiker wie Commager, Louis Hartz, Richard Hofstadter und Arthur M. Schlesinger Jr. maßgeblich beigetragen hatten.

Da Amerika im Unterschied zu Europa weder Feudalismus und Absolutismus noch soziale Revolutionen und Klassenkampf erlebt habe, so lautete das Kernargument der »Konsensschule«, sei es immer schon eine Gesellschaft der Freiheit, der Gleichheit, des Fortschritts und des Pragmatismus gewesen. Ein echter Konservatismus wie in Europa habe sich in den USA gar nicht entwickeln können, weil auch die Konservativen immer schon die liberalen Werte geteilt hätten, die dem Land in die Wiege gelegt worden seien. Seit der Unabhängigkeit, schrieb Arthur Schlesinger, seien alle politischen Konflikte »in einer Atmosphäre des Konsenses« ausgetragen worden,

auch wenn dies den Handelnden nicht immer bewusst gewesen sei. Nicht einmal der Bürgerkrieg bildete nach Auffassung der Konsenshistoriker eine Ausnahme, da auch die Sklavenhalter des Südens keine echten Reaktionäre gewesen seien. »Die amerikanische politische Tradition basiert im Wesentlichen auf einem liberalen Konsens«, dekretierte Schlesinger. Gelegentliche irrationale Abweichungen vom liberalen Mittelweg wie die antikommunistische Hexenjagd des frühen Kalten Krieges hätten auf Dauer keine Chance gegen diese tief verwurzelte Tradition. Auch Richard Hofstadter, den die Erfahrung des McCarthyismus zu seinen viel beachteten Büchern über den Antiintellektualismus seiner Landsleute und den »paranoiden Stil in der amerikanischen Politik« inspirierte, sah in letzterem vor allem den Ausdruck realer Machtlosigkeit.²

Auch die radikale Linke, die in den 1930er-Jahren eine kurze Blütezeit erlebt hatte, war nach Ansicht der Konsensliberalen chancenlos. Der Soziologe Daniel Bell, der wie viele Intellektuelle zuvor mit dem Marxismus sympathisiert hatte, verkündete 1960 das »Ende der Ideologie«, weil sich die »alten Ideologien und Debatten des 19. Jahrhunderts« zumindest in den fortgeschrittenen Gesellschaften des Westens intellektuell erschöpft hätten.³ Kritikern konnte freilich nicht entgehen, dass die angebliche Ideologiefreiheit oft selbst ideologischen Charakter annahm. Manche Historiker sehen die These vom liberalen Konsens daher als ideologisches Konstrukt einer weißen intellektuellen Elite, die in der Nachkriegszeit die nationalen Medien, die großen philanthropischen Stiftungen und die führenden Universitäten dominierte. Die Polarisierung der Gegenwart hat freilich wieder den Blick dafür geschärft, dass sich die Konsensideologie durchaus auf reale politische und soziale Fundamente stützen konnte.⁴

Der Konsensliberalismus und seine Kritiker

Der Begriff »liberaler Konsens« dürfte nur wenigen Amerikanerinnen und Amerikanern geläufig gewesen sein, aber er entsprach durchaus einem in den 1950er-Jahren weitverbreiteten Selbstbild. Der Triumph im Zweiten Weltkrieg hatte den durch die Große Depression erschütterten Glauben an das amerikanische Gesellschaftsmodell neu gefestigt. Eine große Mehrheit

der Bevölkerung sah ihr Land als Modell einer konsensorientierten Staatsbürgerkultur, einer *Civic Culture*, wie der Titel einer einflussreichen Studie der beiden Politikwissenschaftler Gabriel Almond und Sidney Verba aus dem Jahre 1963 lautete. Almond und Verba lieferten gleichsam die sozialwissenschaftliche Bestätigung für die These vom liberalen Konsens. Auf der Grundlage empirischer Umfragen verglichen die Autoren die politischen Kulturen der USA, Großbritanniens, Westdeutschlands, Italiens und Mexikos und kamen zu dem wenig überraschenden Ergebnis, dass die amerikanische Demokratie dem Ideal einer staatsbürgerlichen Kultur am nächsten kam. Die Amerikaner nahmen aktiv am politischen Leben teil, waren stolz auf ihre Nation und ihre demokratischen Institutionen, und sie vertrauten ihren Mitbürgern ebenso wie der politischen Elite. Vor allem betonten Almond und Verba die »offene Einstellung zum Parteienwettbewerb«. Demokraten und Republikaner betrachteten sich nicht als erbitterte Gegner, sondern als legitime Konkurrenten.⁵

Überparteilichkeit und Kompromiss galten in den 1950er-Jahren weithin als politische Tugenden, die niemand so überzeugend verkörperte wie Präsident Dwight D. Eisenhower. Seit Ende der 1940er-Jahre hatten sich beide Parteien darum bemüht, den populären Ex-General und Kriegshelden als Präsidentschaftskandidaten zu gewinnen, bis Eisenhower 1952 schließlich dem Werben der Republikaner nachgab. Zweimal gelangen »Ike« Erdrutschsieg gegen den als unnahbarer Intellektueller geltenden Demokraten Adlai Stevenson. Dass der Präsident gleichwohl von 1954 bis 1960 mit demokratischen Kongressmehrheiten regieren musste, fiel kaum auf. Denn mit der Hinwendung zu einem »modernen Republikanismus«, den sich Eisenhower auf die Fahnen geschrieben hatte, signalisierte die Grand Old Party, dass sie ihren Frieden mit dem Sozial- und Interventionsstaat des New Deal gemacht hatte. Die Republikaner hätten 1952 nur deshalb gewinnen können, tröstete sich der Demokrat Arthur Schlesinger, weil sie die Errungenschaften des New-Deal-Liberalismus nicht mehr in Frage stellten.⁶

Der politische Konsens der Nachkriegszeit ist daher als »stillschweigender Kompromiss« zwischen Konservativen und Liberalen gedeutet worden. Die Konservativen akzeptierten den New Deal, im Gegenzug reihten sich die Liberalen in die antikommunistische Front des frühen Kalten Krieges ein.⁷ Allerdings gab es in beiden politischen Lagern immer Dissens und Wi-

derstand. Der linke Flügel der Demokraten verweigerte sich anfangs der von Präsident Harry S. Truman betriebenen Eindämmungspolitik gegenüber der Sowjetunion und trat in der Präsidentschaftswahl 1948 als eigenständige Progressive Party unter Führung von Ex-Vizepräsident Henry A. Wallace an, ohne die Wiederwahl des Präsidenten jedoch ernstlich gefährden zu können.⁸ Angesichts der Verschärfung des Kalten Krieges und des zunehmend repressiven Klimas der McCarthy-Ära geriet linke Gesellschaftskritik in der Folgezeit ins politische Abseits.

Der McCarthyismus, wie die antikommunistische Hysterie des frühen Kalten Krieges nach ihrem bekanntesten Protagonisten, dem republikanischen Senator Joseph – »Joe« – McCarthy aus Wisconsin, meist genannt wird, war nicht nur für die amerikanische Linke, sondern auch für die Konsensliberalen eine traumatische Erfahrung. In ihrem Bestreben, der Eindämmungspolitik gegenüber der Sowjetunion eine innenpolitische Basis zu verschaffen, hatten die *cold war liberals* der Truman-Administration selbst kräftig die kommunistische Gefahr beschworen und die Geister gerufen, die sie dann nicht mehr loswurden. Auch wenn sich die tatsächliche Repression in Grenzen hielt – insgesamt wurden etwa 200 Personen wegen »subversiver« Aktivitäten zu meist kürzeren Haftstrafen verurteilt; die Hinrichtung des Ehepaars Julius und Ethel Rosenberg wegen angeblicher Atomspionage für die Sowjetunion im Jahre 1953 blieb eine Ausnahme –, so infizierte der McCarthyismus das öffentliche Leben der USA weithin mit dem Ungeist des Verdachts und der Denunziation. Kommunismus wurde zum Inbegriff aller tatsächlichen und eingebildeten Bedrohungen des *American way of life*. Außenpolitische Rückschläge wie die Sowjetisierung Osteuropas, der »Verlust« Chinas und der kommunistische Überraschungsangriff auf Südkorea konnten sich viele Amerikaner nur mit einer in höchste Regierungsstellen reichenden kommunistischen Unterwanderung erklären. McCarthy wurde 1950 schlagartig zur nationalen Berühmtheit, als er behauptete, im US-Außenministerium mehr als 200 eingeschriebene Kommunisten enttarnt zu haben.⁹

Dass McCarthys Verschwörungstheorien und Anschuldigungen meist frei erfunden waren, tat seiner Popularität keinen Abbruch. Beim McCarthyismus ging es nur vordergründig um Spionage und nationale Sicherheit, im Kern handelte es sich um einen populistischen Kulturkampf des patrio-

tischen, gottesfürchtigen *Middle America* gegen die liberalen, intellektuellen Eliten in Politik und Kultur. Dass sich große Teile des amerikanischen Volkes, insbesondere der weißen Arbeiter- und Mittelklasse, anfällig für skrupellose Demagogie zeigten, versetzte vielen Liberalen einen nachhaltigen Schock, die zunehmend den Glauben an die politische Urteilsfähigkeit des Volkes verloren. Jüdische Intellektuelle wie Bell und Hofstadter zogen Parallelen zum Aufstieg des Faschismus in der Zwischenkriegszeit. Auch nach dem Sturz McCarthys, der 1954 mit seinen wüsten Attacken auf das angeblich ebenfalls kommunistisch gesteuerte US-Militär den Bogen überspannte und nach einer Standesrüge des Senats politisch entzaubert wurde, blieb der Spielraum für politischen und kulturellen Dissens weiterhin beträchtlich eingengt. Der Antikommunismus, für den es aus liberaler Sicht durchaus gute Gründe gab, konnte jederzeit als politische Waffe auch gegen die Liberalen gewendet werden. Der konservative Mainstream der Republikanischen Partei hatte McCarthy gewähren lassen, solange dieser seinen Furor gegen den New-Deal-Liberalismus richtete, und wandte sich erst von »Joe« ab, als er sich mit der Eisenhower-Administration anlegte.¹⁰

Umso erstaunlicher war die Neigung vieler Liberaler, den traditionellen Konservatismus zu unterschätzen und ihm Breitenwirkung ebenso wie intellektuelle Substanz abzusprechen. Doch liberale Selbstgefälligkeit war unangebracht und kurzsichtig. Ein intellektueller Zirkel um die 1955 von William F. Buckley gegründete Zeitschrift *National Review* arbeitete an einer Synthese des moralischen Traditionalismus mit dem radikalen Individualismus der Libertären unter dem gemeinsamen Dach des Antikommunismus. Buckley, ein wohlhabender Privatgelehrter, hatte zunächst mit McCarthy sympathisiert, hielt dann aber Distanz zum *lunatic fringe*, zum rechtsextremistischen Rand, wie ihn die 1958 gegründete John Birch Society repräsentierte, die selbst Präsident Eisenhower für einen Agenten der kommunistischen Verschwörung hielt. Doch ließ er keinen Zweifel an seiner Opposition zum angepassten Konservatismus der Eisenhower-Republikaner. Prinzipientreue Konservative, so Buckley, müssten ihre Überzeugungen selbstbewusst der »dekadenten, lauwarmen Gleichgültigkeit« des Mainstreams entgegensetzen.¹¹

Während konservative Intellektuelle wie Buckley den Habitus elitärer Dissidenten pflegten, entwickelte sich eine gut organisierte konservative

Bewegung mit potenten Geldgebern und weitreichender Vernetzung. Auch die Konturen der zukünftigen Massenbasis der konservativen Koalition, die in den kommenden Jahrzehnten die amerikanische Politik und Gesellschaft maßgeblich prägen sollte, zeichneten sich bereits ab. Ihre Hochburgen lagen nicht nur im Süden, wo die weiße Mehrheit sich gegen die Abschaffung der Rassentrennung wehrte, sondern zunehmend in den wachsenden Vorstädten des prosperierenden »Sonnengürtels« von Florida bis Kalifornien. Das lokale organisatorische Rückgrat der Bewegung bildeten um die traditionelle Familie besorgte Hausfrauen und Mütter. Eine kaum zu überschätzende Rolle spielte auch die Politisierung der evangelikalischen Christen.¹²

Aber auch wenn viele Unternehmer über hohe Steuern, staatlichen Dirigismus und zu großen Einfluss der Gewerkschaften klagten und der Wirtschaftsflügel der Republikaner die Freiheit durch den »Sozialismus« bedroht sah: Arthur Schlesinger hatte durchaus recht mit seiner Feststellung, dass der Keynesianismus zur wirtschaftspolitischen Leitidee der Nachkriegszeit geworden war. Mit den Instrumenten der Haushalts-, Fiskal- und Geldpolitik sollte die öffentliche Hand für stabiles Wachstum, Arbeitsplätze und Konsum sorgen. Der liberale Konsens hatte, so Schlesinger, ein »gemischtes Wirtschaftssystem« hervorgebracht, das sowohl der sozialistischen Planwirtschaft als auch dem Laissez-faire-Kapitalismus überlegen sei.¹³

Die Gesellschaft des Booms

Die US-Unternehmen konnten mit dem keynesianischen Modell gut leben, denn in den ersten Nachkriegsjahrzehnten funktionierte es glänzend. Hohe Staatsausgaben für den Ausbau des nationalen Autobahnnetzes, den Wohnungsbau und öffentliche Investitionen in wissenschaftlich-technische Forschung trugen wesentlich dazu bei, dass die US-Wirtschaft in den 1950er-Jahren im Schnitt jährlich um vier Prozent wuchs. Vor allem die enormen Rüstungsausgaben, die während des Koreakriegs (1950–1953) rund die Hälfte des Bundeshaushaltes verschlangen, wirkten als Wachstumsmotor und machten das Pentagon zum größten Auftraggeber des Landes. Für Amerikas Industrie war der »Militärkeynesianismus« eine Goldgrube, doch warnte ausgerechnet Ex-General Eisenhower in seiner Botschaft zum Ende

seiner Präsidentschaft eindringlich vor der politischen Übermacht des »militärisch-industriellen Komplexes«.¹⁴

Doch nicht nur *Corporate America* profitierte vom Boom. Hohe Wachstums- und Produktivitätsraten bei niedriger Inflation und geringer Arbeitslosigkeit ließen die Realeinkommen kräftig ansteigen. Das mittlere Familieneinkommen lag 1960 um dreißig Prozent höher als zehn Jahre zuvor. Es entwickelte sich ein weltweit beispielloser Lebensstandard breiter Bevölkerungsschichten. Eigenheime, Automobile, Fernsehgeräte und Waschmaschinen wurden für die Amerikaner lange vor den Westeuropäern zur Selbstverständlichkeit. Nie zuvor erschien der amerikanische Traum vom sozialen Aufstieg durch individuelle Leistung so greifbar wie in der Nachkriegszeit. Der Staat leistete auch dabei großzügige Starthilfe. Das bereits 1944 vom Kongress verabschiedete Programm zur Wiedereingliederung der Weltkriegsveteranen – die sogenannte *GI Bill of Rights* – ermöglichte rund acht Millionen Ex-Soldaten den Besuch von Colleges und Fachschulen. Die Investitionen in die Bildung zahlten sich aus. Immer mehr Schüler erwarben einen High-School-Abschluss. Entsprechend stieg die Zahl der College- und Hochschulabsolventen, die anschließend auf einen gut bezahlten *white-collar job* hoffen durften. Doch auch die organisierte Arbeiterschaft erreichte in boomenden Wirtschaftszweigen wie der Automobilindustrie oft einen Lebensstandard, wie ihn die neue Mittelklasse der Angestellten pflegte. Das vielzitierte Diktum von Charles E. Wilson, Präsident von General Motors (1941–1953) und US-Verteidigungsminister (1953–1957), was gut für General Motors sei, sei auch gut für Amerika, konnte unter der Belegschaft des Automobilriesen mit breiter Zustimmung rechnen.¹⁵

Die Werte und der Lebensstil der neuen Mittelklasse wurden zum Inbegriff des *American way of life*. Wer konnte, kaufte sich, meist mit staatlichen Kreditbeihilfen, ein Haus in den *suburbs*, den rasant wachsenden Vorstädten um die Industrie- und Dienstleistungsmetropolen, wo um 1960 bereits rund ein Viertel der Bevölkerung lebte. Allein zwischen 1946 und 1950 verdoppelte sich die Zahl der Eigenheime auf 1,7 Millionen. Amerikas Familien brauchten Platz, denn unmittelbar nach Kriegsende setzte der Babyboom ein. In den beiden ersten Nachkriegsjahrzehnten wurden in den USA etwa 76 Millionen Kinder geboren, die Gesamtbevölkerung wuchs um mehr als vierzig Millionen auf über 190 Millionen Einwohner. Der Babyboom und

eine anhaltend hohe Zahl an Eheschließungen spiegelten den Wunsch nach familiärer Geborgenheit, aber auch einen vitalen Zukunftsoptimismus der Amerikanerinnen und Amerikaner wider. Und nicht zuletzt verband sich mit dem Umzug in die Vorstädte das Versprechen sozialer und ethnischer Homogenität. Hauskäufer mussten sich vielerorts verpflichten, ihr Eigentum nur an Weiße weiterzuverkaufen oder zu vermieten. Obwohl der Oberste Gerichtshof der USA solche Klauseln 1948 für unwirksam erklärte, blieben die weißen Vorstädte den nichtweißen Minderheiten weitgehend verschlossen.¹⁶

Die Sehnsucht nach Sicherheit und Harmonie manifestierte sich auch im Aufschwung privater und öffentlicher Religiosität. Die Zahlen der Kirchenbesuche und -mitgliedschaften schossen in die Höhe, religiöse Themen eroberten die Medien, der Erweckungsprediger Billy Graham erreichte ein Millionenpublikum. Das Bemerkenswerte am Boom der Religion war die Ausbildung eines überkonfessionellen Gemeinschaftsgefühls, das nicht nur die traditionell tiefen Gräben zwischen Protestanten und Katholiken zu überbrücken half, sondern immer häufiger auch als »christlich-jüdisch« apostrophiert wurde. Der neue religiöse Konsens hatte sich bereits im Zweiten Weltkrieg abgezeichnet, und die antikommunistische Frontstellung des Kalten Krieges befestigte ihn weiter. Im Unterschied zum »gottlosen Kommunismus« beruhte das amerikanische Regierungssystem, wie Präsident Eisenhower es eingängig formulierte, auf »einem tief empfundenen religiösen Glauben – worin dieser besteht, ist mir egal«. Der Kongress ergänzte 1954 die *Pledge of Allegiance* – das patriotische Treuegelöbnis, das amerikanische Schulkinder allmorgendlich sprechen – durch den Zusatz, die USA seien eine unteilbare Nation »unter Gott«; seit 1955 zierte der Aufdruck »In God We Trust« alle Münzen und Geldscheine des US-Schatzamtens. Dass der überkonfessionelle Konsens sich nicht auf schwarze Christen erstreckte, blieb zunächst ebenso unbeachtet wie der potenzielle Konflikt mit dem Ersten Zusatzartikel zur US-Verfassung, der die Trennung von Staat und Religion vorschreibt.¹⁷

Zeitgenössische Kritiker beklagten den Konformitätsdruck und den Verlust individueller Selbstbestimmung in der Konsum- und Mittelklassegesellschaft der 1950er-Jahre. Entfremdung und Isolation des Einzelnen wurden zu einem bevorzugten literarischen Thema. Ob die amerikanische

Gesellschaft der Nachkriegsjahre wirklich so konformistisch war, wie es das Klischee will, darf indessen bezweifelt werden. Die Ikonen der neuen Jugendkultur, allen voran der Rock'n'Roll-Musiker Elvis Presley, die Filmhelden Marlon Brando und James Dean und die avantgardistischen Literaten der *Beat Generation*, verkörperten ja gerade Rebellion und Nonkonformismus. Auch die öffentliche Prüderie war oft mehr Fassade, als dass sie dem tatsächlichen Sexualverhalten entsprach. Die vielbeschworene »Kulturrevolution« der *Sixties* entstand nicht aus dem Nichts.¹⁸

Als einer der einflussreichsten Kritiker der Konsumgesellschaft profilierte sich der Harvard-Ökonom John Kenneth Galbraith, der in seinem 1958 veröffentlichten Bestseller *The Affluent Society* (dt. *Gesellschaft im Überfluss*) kritisierte, dass zu viele Ressourcen in den privaten Konsum zur Befriedigung künstlich geweckter Bedürfnisse und zu wenige in den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur und des Sozialstaates flössen. Galbraith lenkte die Aufmerksamkeit auf ein Problem, das angesichts des Wirtschaftsbooms viele Amerikaner für grundsätzlich gelöst hielten: die Armut. Man musste jedoch nur genauer hinsehen, um zu erkennen, dass ein großer Teil der US-Bevölkerung – Minderheiten, große Teile der Landbevölkerung, Menschen ohne Ausbildung und Krankenversicherung – von den Segnungen der Wohlstandsgesellschaft ausgeschlossen war. Im Jahr 1960 lebte knapp ein Viertel der US-Bevölkerung unter der offiziellen Armutsgrenze von etwa 3000 Dollar pro Jahr für eine vierköpfige Familie (ca. 30 000 Dollar nach heutiger Kaufkraft). Rechnete man diejenigen hinzu, deren Einkommen nur knapp darüber lag, so waren rund dreißig Prozent aller Einwohner der USA, also mehr als fünfzig Millionen Menschen, von Armut betroffen. Die Armutsrate der Afroamerikaner lag sogar bei knapp unter fünfzig Prozent, während im Schnitt nur 13 Prozent der Weißen arm waren. Allerdings gab es hier große Unterschiede. Die weiße Bevölkerung im Hinterland strukturschwacher Staaten wie West Virginia und Kentucky fiel ebenfalls fast zur Hälfte unter die Armutsgrenze und war weit überproportional von Sozialhilfe abhängig.¹⁹

Aus Sicht der Konsensliberalen war Armut ein lösbares Problem, das ihren Fortschrittsoptimismus weiter anspornte. Denn die Statistiken zeigten in die richtige Richtung. Ende der 1940er-Jahre fielen noch fast 35 Prozent der US-Bevölkerung unter die Armutsgrenze, Anfang der 1960er-Jahre

waren es nur noch 21 Prozent. Als der Soziologe und bekennende Sozialist Michael Harrington 1962 sein aufsehenerregendes Buch über das »andere Amerika« veröffentlichte, prangerte er zwar die Armut als gesellschaftlichen Skandal an, gestand jedoch zu, dass es im Amerika der Überflussgesellschaft leichtfiel, städtische Slums und ländliche Elendsgebiete zu übersehen. Es mangelte Amerika nicht an den materiellen Ressourcen, die Armut zu besiegen, sondern vorerst noch am politischen Willen. Harringtons Buch gilt als wichtiger Impuls für die großangelegten Initiativen zur Armutsbekämpfung unter den Präsidenten John F. Kennedy und Lyndon B. Johnson.²⁰

Das Amerikanische Dilemma

Harrington und andere Sozialwissenschaftler sahen das Hauptproblem in einer hartnäckigen, sich selbst reproduzierenden »Kultur der Armut«, die mithilfe staatlicher Maßnahmen überwunden werden musste, damit die Armen den Anschluss an die Mainstream-Gesellschaft finden konnten. Auch die Lösung der Rassenfrage, des wichtigsten politischen und gesellschaftlichen Konfliktes der Nachkriegszeit, sollte nach den Vorstellungen der Liberalen nach diesem Muster verlaufen. In seiner berühmten Studie *An American Dilemma* aus dem Jahre 1944 hatte der schwedische Sozialwissenschaftler Gunnar Myrdal im Auftrag der Carnegie-Stiftung das »Negerproblem und die moderne Demokratie« analysiert und die »liberale Orthodoxie« der kommenden Jahrzehnte vorgezeichnet. Der Rassismus, der Afroamerikaner und andere nichtweiße Minderheiten zu Bürgern zweiter Klasse degradierte, war demnach eine nicht länger hinnehmbare Abweichung von Amerikas egalitärem Glaubensbekenntnis und seiner historischen Fortschrittsmission. Die weiße Mehrheitsgesellschaft musste, so Myrdal, den fundamentalen Widerspruch zwischen ihren Idealen und der hässlichen Praxis der Rassendiskriminierung erkennen und lösen, nicht zuletzt, weil die USA nur dann glaubhaft ihren Führungsanspruch für die demokratische Welt erheben konnten.²¹

Bereits 1947 hatte Präsident Harry Truman in einer Rede vor der Bürgerrechtsorganisation National Association for the Advancement of Colored

People (NAACP) eingeräumt, um dem Rest der Welt glaubwürdig die Vorzüge der Demokratie predigen zu können, müssten die Amerikaner erst einmal das »eigene Haus in Ordnung bringen«. In einer präsidentialen Anordnung verbot Truman Rassendiskriminierung in den Bundesbehörden und bei den Streitkräften, scheiterte aber mit seinen weitreichenden Gesetzesvorschlägen im Kongress am Widerstand einer Koalition aus konservativen Republikanern und Südstaatendemokraten. Aus Protest gegen Trumans liberales Bürgerrechtsprogramm spalteten sich vor den Präsidentschaftswahlen 1948 Teile der Demokratischen Partei des tiefen Südens von der Bundespartei ab und stellten den Gouverneur von South Carolina, Strom Thurmond, als eigenen Präsidentschaftskandidaten auf. Truman gewann die Wahlen trotzdem, weil die überwältigende Unterstützung schwarzer Wähler in den Großstädten des Nordens und Westens ihm die Wahlmännerstimmen von Kalifornien, Illinois und Ohio sicherte.²² Doch obschon die Revolte der *Dixiecrats* vorerst scheiterte, war sie ein erster Vorbote für das Auseinanderbrechen der *New-Deal*-Koalition, die Franklin D. Roosevelt in den 1930er-Jahren aus weißen Arbeitern, kleinen Farmern, ethnischen Minderheiten und den traditionell demokratisch wählenden weißen Südstaatlern geschmiedet hatte.

Die Liberalen, die den Rassismus durch graduelle Reformen zu überwinden hofften, unterschätzten freilich die Dynamik und das Konfliktpotenzial der Rassenfrage. Die afroamerikanische Minderheit war nicht länger bereit, ihren Status als Amerikaner zweiter Klasse zu akzeptieren, und forderte ein Ende der allgegenwärtigen Rassentrennung und Diskriminierung, die in den Südstaaten noch immer den Charakter einer gesetzlich sanktionierten rassistischen Kastenordnung trug und im Volksmund *Jim-Crow*-System genannt wurde. Auch der schwarze Protest, der sich nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer breiten sozialen Bewegung ausweitete, berief sich auf die liberalen Werte Amerikas und verlangte gleichberechtigte Teilhabe am American Dream. Paternalistische Mahnungen zur Geduld und vage Versprechen auf allmählichen Wandel, die viele Konservative und Liberale noch immer für ausreichend hielten, trafen auf einen wachsenden Kampfgeist. Die Strategie, das *Jim-Crow*-System durch direkte, gewaltlose Aktionen in Form von Boykotten, Massendemonstrationen und Verletzung der Rassentrennung herauszufordern, zielte darauf ab, die weiße Mehrheit mit

ihrer Heuchelei und Selbstzufriedenheit zu konfrontieren und die politischen Entscheidungsträger zum Handeln zu zwingen.²³

Dafür, dass nicht Konsens, sondern Krise und Konfrontation die Auseinandersetzungen um die Rassenfrage bestimmten, sorgte indessen vor allem der weiße Süden, der allen Versuchen, die Rassentrennung abzuschaffen, mit »massivem Widerstand« begegnete. Paradigmatisch dafür war die Reaktion auf das Urteil des US-Supreme Court vom Mai 1954 im Fall *Brown versus Board of Education of Topeka, Kansas*. In der Entscheidung, die als wichtigste und zugleich umstrittenste Entscheidung des Gerichts im 20. Jahrhundert gilt, brachen die Richter mit der sogenannten *separate-but-equal*-Doktrin, mit der ihre Vorgänger 1896 die Rassentrennung verfassungsrechtlich sanktioniert hatten. Segregation verstieß demnach nicht gegen die im 14. Zusatz zur US-Verfassung garantierte Gleichheit vor dem Gesetz, solange die getrennten Einrichtungen gleichwertig seien. Im *Brown*-Urteil befand das Gericht einstimmig, dieser Grundsatz könne auf die Schulbildung keine Anwendung mehr finden, weil die erzwungene Absonderung von ihren weißen Altersgenossen bei schwarzen Schulkindern ein Minderwertigkeitsgefühl erzeuge und sie damit gleicher Bildungschancen beraube. Die Rassentrennung im Bildungswesen, so lautete die berühmte Formulierung des Vorsitzenden Richters Earl Warren, sei »inherently unequal« – »ihrem Wesen nach ungleich«.²⁴

Die Entscheidung war ein historischer Sieg der Bürgerrechtsbewegung, weil sie die Rassentrennung ihrer verfassungsrechtlichen Legitimität entkleidete, aber ihre Begründung bewegte sich in den engen Grenzen der liberalen Konsensideologie. Das Gericht wich der moralischen und historischen Wahrheit aus, dass die Rassentrennung nie einen anderen Zweck verfolgt hatte als die Unterdrückung und Stigmatisierung der schwarzen Amerikaner, und verlegte sich stattdessen auf eine dünne modernisierungstheoretische Argumentation, der zufolge wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Fortschritt die Rassentrennung obsolet gemacht habe. Mehr noch, mit der zweifelhaften psychologischen These, schwarze Kinder könnten ihr Selbstwertgefühl und geistiges Potenzial nur in integrierten Schulen entfalten, bekräftigten die Richter die Vorstellung, Rassenintegration bedeute zwangsläufig die Anpassung der Minderheit an die Standards der Mehrheit. Und schließlich ließ das Gericht offen, wie die Rassenintegration in Schu-

len umgesetzt werden sollte. In einer zweiten Entscheidung vom Mai 1955 hieß es vage, diese sei mit aller »wohlerwogenen Eile« – »with all deliberate speed« – durchzuführen.²⁵

Es war offenkundig, dass der Supreme Court die Brisanz seiner Entscheidung so weit wie möglich abmildern und dem weißen Süden goldene Brücken bauen wollte. Doch die große Mehrheit der weißen Südstaatler betrachtete das *Brown*-Urteil als Frontalangriff einer anmaßenden Bundesgewalt auf ihren *way of life*. Die Entscheidung entfesselte eine Welle der Obstruktion, rassistischen Demagogie und Gewalt. Immer wieder kam es zu bürgerkriegsähnlichen Ausschreitungen, wenn Mobs die Durchsetzung der Desegregation zu verhindern suchten. Präsident Eisenhower, der persönlich der *Brown*-Entscheidung skeptisch gegenüberstand, musste im September 1957 Bundestruppen nach Little Rock, Arkansas, entsenden, um schwarzen Schulkindern den Besuch der örtlichen Central High School zu ermöglichen. Vielerorts verfügten die lokalen Schulbehörden monatelange Schließungen der öffentlichen Schulen, um die Desegregation zu verhindern.²⁶

Der Widerstand gegen *Brown* entfaltete innerhalb des weißen Südens einen starken Konformitätsdruck, dem sich kaum jemand entziehen konnte. Fast alle Senatoren und Kongressabgeordneten aus dem Süden unterzeichneten 1956 ein »Südstaatenmanifest«, in dem sie dem Supreme Court vorwarfen, die verfassungsmäßigen Rechte der Einzelstaaten zu missachten, und sich verpflichteten, die Entscheidung mit allen gesetzmäßigen Mitteln zu Fall zu bringen. Damit brachten sie den Willen ihrer Wähler zum Ausdruck. Meinungsumfragen aus der zweiten Hälfte der 1950er-Jahre ergaben, dass zwischen siebzig und neunzig Prozent der weißen Südstaatler die *Brown*-Entscheidung ablehnten. Hodding Carter, ein nach den Maßstäben des tiefen Südens liberaler Journalist aus Mississippi, befand: »In seinem Festhalten an der Rassentrennung ist der weiße Süden so geeint, wie es dreißig Millionen Menschen nur sein können.« Es mag sein, dass nur eine kleine Minderheit Gewalt befürwortete, aber noch sehr viel weniger weiße Südstaatler nahmen die erheblichen persönlichen Nachteile und Risiken in Kauf, die eine offene Unterstützung für die Bürgerrechtsbewegung unweigerlich nach sich zog.²⁷

Auch im Süden war in der Nachkriegszeit viel von Fortschritt, von gegen-

seitigem Verständnis und Zusammenarbeit in den Rassenbeziehungen die Rede. Doch angesichts des unnachgiebigen Festhaltens an der »weißen Vorherrschaft«, der *white supremacy*, der brutalen Gewalt gegen Bürgerrechtler und der offenen Rebellion gegen die Bundesgewalten kann nicht ernsthaft davon gesprochen werden, dass der Süden Teil eines großen liberalen Konsenses gewesen sei. Natürlich ließ sich der Süden, wie unter liberalen Intellektuellen üblich, als Sonderfall abtun, als eine rückständige Region, die noch immer nicht das Trauma der Niederlage im Bürgerkrieg verwunden hatte. Das war nicht falsch, doch auch im Rest des Landes waren Rassismus und Segregation, wenngleich ohne Gesetzeskraft, allgegenwärtig, und auch im Norden leisteten Weiße »massiven Widerstand« gegen den Zuzug von Afroamerikanern in ihre Wohnviertel. In der Rassenfrage, so urteilen viele Historiker daher, habe es nie einen liberalen Konsens gegeben.²⁸

Blickt man auf die erbitterten Auseinandersetzungen um das Ende der Rasantrennung, auf die Exzesse des McCarthyismus, auf die latente Stärke des Konservatismus und religiösen Fundamentalismus, so stellt sich die Frage, ob es überhaupt sinnvoll ist, von einer liberalen Konsensdemokratie zu sprechen. Handelte es sich im Grunde nicht doch um eine ideologische Fassade, die das enorme Konfliktpotenzial der amerikanischen Politik und Gesellschaft nur verdeckte?²⁹ Aus der Rückschau sind die tiefen Risse und die Triebkräfte der Polarisierung der folgenden Jahrzehnte deutlich erkennbar. Doch ist es gerade der Kontrast zur Gegenwart, der Historiker zu einer Neubewertung veranlasst hat. Die Nachkriegszeit, ja, die gesamte Ära des New Deal von den 1930er-Jahren bis in die 1970er-Jahre, erscheint, wie Jefferson Cowie argumentiert, als »große Ausnahme« der amerikanischen Geschichte. In dieser Zeit, so Cowie, habe sich die amerikanische Gesellschaft zumindest zeitweilig von ihren individualistischen Traditionen emanzipiert und den Kapitalismus gezähmt. Der auf die ökonomischen Interessen breiter Bevölkerungsschichten abzielende »sozialdemokratische Konsens«, sei zwar stets fragil, aber lange Zeit gleichwohl erstaunlich tragfähig gewesen.³⁰ In den 1950er-Jahren jedenfalls war das Ende der New-Deal-Ordnung für die Zeitgenossen kaum absehbar. Die meisten Liberalen blickten optimistisch in die Zukunft. Sie waren überzeugt, auf der Grundlage wirtschaftlicher Prosperität und mithilfe vorsichtiger, aber kontinuierlicher

Reformpolitik ein Gesellschaftsmodell perfektionieren zu können, das die hässlichen Begleiterscheinungen des Kapitalismus überwunden hatte. Amerikas liberale Demokratie sollte allen Bürgerinnen und Bürgern Chancengleichheit und Teilhabe am Wohlstand bieten und so im ideologischen Systemkonflikt des Kalten Krieges der Welt als attraktives Vorbild dienen.